

V0417/21

Digitalisierung kommunaler Verwaltungsleistungen / Ingolstadt als Modellkommune für die BürgerID
-Gemeinschaftsantrag FDP/JU vom 18.05.2021-

Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht vom 20.10.2021

Die Anträge der Ausschussgemeinschaft FDP/JU V0417/21, V0418/21, V0419,21, V0420/21 und V0421/21 und die Beschlussvorlage der Verwaltung V0903/21 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Stadträtin Bulling-Schröter begrüßt dieses Planungstool, wie z. B. BIM für den Bausektor, sehr. In Verbindung mit Gefahren in Bezug auf den digitalen Bürgerservice mit zentralisierten ID-Nachweisen müsse allerdings diese Art von Digitalisierung noch einmal geprüft werden. Auch der Chaos Computer Club (CCC), der aus Fachleuten bestehe, die auch von großen Konzernen angestellt würden, kritisiere einiges. Die Zentralisierung der biometrischen Bürgerdaten könne ohne Protokollierung auch von Geheimdiensten automatisiert abgefragt werden. In einer Anhörung im Bundestag habe der CCC darauf hingewiesen, dass aufgepasst und dass zumindest die Bürgerinnen und Bürger informiert werden sollten. Aus diesem Grund lehne die Stadtratsgruppe Die Linke diesen intransparenten Zugriff auf die Biometriedaten ab.

Stadträtin Hagn weist darauf hin, dass in den Beratungen im vorberatenden Finanzausschuss besprochen worden sei, dass das BIM noch aufgenommen werde.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf informiert darüber, dass dies noch nicht in die Vorlage aufgenommen und die Absichtserklärung für den Stadtrat zu Protokoll gegeben worden seien.

Stadträtin Hagn zeigt zudem auf, dass die Ausschussgemeinschaft FDP/JU einen Antrag zum Thema Papierfaxgeräte gestellt habe. Die Aufnahme des Antragswunsches sei ein Anliegen der Ausschussgemeinschaft.

Stadträtin Mayr bittet darauf zu achten, dass die Stadtverwaltung dennoch über die Schiene „Fax to Mail“ erreichbar sei. Dies müsse gewährleistet sein.

Stadtrat Werner zeigt auf, dass das Thema Digitalisierung in der Verwaltungsvorlage sehr allgemein gehalten worden sei. Er fragt an, inwiefern die ganz konkret gestellten Anträge der Ausschussgemeinschaft FDP/JU implementiert werden könnten.

Prof. Dr. Rosenfeld führt dazu aus, dass in Vorbereitung der Vorlage und bei Aufnahme der Anregungen auch der Bestand aufgenommen worden sei. Fast alle Einzelmaßnahmen seien in der Strategie im Wesentlichen abgearbeitet worden. Zusammenfassend fehle es allerdings an einer Definition des Prozesses wie Schlüsselprojekte umgesetzt würden, z. B. durch sog. Zuständige für Digitalisierung in den einzelnen Referaten. Für ein dynamisches Betreiben eines Portfolioprozesses seien das Aufsetzen von Projekten und die monetäre Kalkulation des Fortschrittes nötig. Zwei konkrete Punkte seien in den Beschluss aufgenommen worden, aber Prof. Dr. Rosenfeld sei fest davon überzeugt, dass eine grundsätzliche Strategie der Digitalisierung wichtig sei, um auf Dauer mit der Dynamik mithalten zu können. Dabei werde

die Priorisierung der Aufgaben und der Nutzen für die Verwaltung bzw. für Wirtschaftsteilnehmer eine Kunst sein. Zum Thema Datensicherheit erklärt Prof. Dr. Rosenfeld, dass die IT-Sicherheit im Sinne der Datensicherheit eine Querschnittsaufgabe in diesem Prozess sei.

Herr Hoffmann unterstützt die Aussagen von Prof. Dr. Rosenfeld. Einzelprojekte, wie von Stadträtin Hagn angeführt, müssten umgesetzt werden, was aber zum großen Teil Themen der Verwaltung seien, z. B. BIM (Building Information Modelling). Momentan würden Pilotprojekte bezüglich BIM im Hoch- und Tiefbau festgelegt. Herr Hoffmann erwähnt darüber hinaus die Sensorik der Lichtmasten und die digitale Straßenzustandserfassung. Es müsse aber nicht nur das gesehen werden, was ohnehin schon getan werde. Die Stadt dürfe bei der Digitalisierung nicht abgehängt werden, sondern sollte sich dem Thema breit stellen nach dem Motto: Das eine machen und das andere nicht lassen.

Abstimmung über den Antrag der Verwaltung **V0903/21**:

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.